

Offener Brief an die neu gewählten Stadträt:innen der demokratischen Parteien: Mehr Transparenz und Beteiligung im neuen Rosenheimer Stadtrat schaffen

Von:

OMAS GEGEN RECHTS Rosenheim;

Initiative Erinnerungskultur – Stolpersteine für Rosenheim;

Gesicht zeigen – Rosenheimer Bündnis gegen Rechts e.V.;

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir gratulieren Ihnen zu Ihrer Wahl in den Rosenheimer Stadtrat und wünschen Ihnen eine konstruktive Amtszeit, um das Gemeinwohl für alle Menschen in unserer Stadt zu stärken. Wir danken Ihnen, dass Sie sich für die vielfältigen Aufgaben und Anforderungen in unserem Stadtrat in den kommenden sechs Jahren einsetzen wollen und dafür Zeit und Engagement aufbringen.

Als zivilgesellschaftliche Organisationen setzen wir uns in Rosenheim auch für unsere Stadtgesellschaft ein, insbesondere für liberale Demokratie sowie für Grund- und Menschenrechte für alle. Vor diesem Hintergrund wenden wir uns heute mit wichtigen Anliegen an Sie – noch vor der Konstituierung des neuen Stadtrats. Grundlage unserer Anliegen ist unsere Erfahrung und unsere Überzeugung, dass **demokratische Teilhabe Transparenz voraussetzt und dass bürgerschaftliches Engagement nicht nur geduldet, sondern aktiv ermöglicht werden sollte.**

1. Geschäftsordnung des Stadtrats ändern

In der vergangenen Amtszeit waren Tagesordnungen, Sitzungsunterlagen, Beschlussvorlagen und Protokolle für Bürgerinnen und Bürger im Ratsinformationssystem erst **nach** Sitzungen und damit **nach den Entscheidungen** einsehbar. Das verhindert jedoch echte demokratische Teilhabe und Auseinandersetzung interessierter Bürger:innen und widerspricht dem Grundsatz demokratischer Offenheit.

Wir wollen, dass sämtliche Sitzungsunterlagen – Tagesordnungen, Beschlussvorlagen, Anträge, Protokolle und Ergebnisberichte u.a. – künftig zeitgleich mit ihrer Zustellung an Stadtratsmitglieder auch öffentlich im Ratsinformationssystem zugänglich sind. Andere bayerische Städte, darunter z.B. Ingolstadt, Erlangen, München und Bamberg, praktizieren dies bereits. Wir schlagen vor, dass die Geschäftsordnung der Stadt Rosenheim entsprechend angepasst wird.

2. Jährliche Berichterstattung zum Gewaltschutz im Rahmen der Istanbul-Konvention beauftragen

Der Schutz vor Gewalt gegen Frauen ist in der Stadt Rosenheim noch nicht ausreichend aufgebaut. Um die Stadtgesellschaft hier kontinuierlich über die weitere Entwicklung zu informieren, erwarten wir, dass die Verwaltung ab 2026 eine öffentlich zugängliche Jahresbilanz zum Gewaltschutz in Rosenheim vorlegt. Diese soll folgende Angaben enthalten:

- Fallzahlen und Gewaltarten in Rosenheim
- Maßnahmen und eingesetztes Budget
- Umsetzungsstand und gewonnene Erkenntnisse (jährlich fortgeschrieben)
- Schlussfolgerungen für das Folgejahr

Die Bilanz soll alle relevanten Aktivitäten umfassen, einschließlich der Arbeit des seit rund 25 Jahren bestehenden Runden Tisches „Häusliche Gewalt“.

3. Bürgerbeteiligung stärken – insbesondere im Bereich Gewaltschutz

Bürger:innenbeteiligung ist bei uns in Rosenheim in Ansätzen zwar vorhanden – beispielsweise gibt es einen Seniorenbeirat und seit rund einem Jahr auch einen Jugendbeirat. Doch auch in anderen Bereichen besteht noch dringender Beteiligungsbedarf.

Dazu gehört auch das Menschenrecht auf Gewaltschutz: Bürgerinnen und Bürger mit eigenen Gewalterfahrungen verfügen über Expertise, die für wirksame Schutzmaßnahmen unverzichtbar ist. Wir sehen es daher als notwendig an, einen Betroffenenbeirat einzurichten, in dem Menschen mit Gewalterfahrungen ihre Perspektive in die kommunale Maßnahmenentwicklung einbringen können.

Entscheidungen über Maßnahmen z.B. zur Umsetzung der Istanbul Konvention sollten mit Betroffenen vorher beraten und diskutiert und ggfs. entsprechend angepasst werden. Für diese Anliegen haben bereits mehr als 500 Menschen die OMAS GEGEN RECHTS Rosenheim Petition „Besserer Schutz bei Gewalt zu Hause“ unterzeichnet.

Wir verbinden mit unseren Vorstellungen zu strukturellen Änderungen der Arbeit im neuen Stadtrat vor allem die Hoffnung, dass die demokratischen Stadträt:innen gemeinsam mit dem neu gewählten Oberbürgermeister zu einer deutlich veränderten politischen Kultur in Rosenheim beitragen. Einer Kultur, die Transparenz und Bürger:innenbeteiligung lebt und die – wie der designierte neue OB es in einem Interview (OVB am 28.3.26) ausgedrückt hat, „Brücken baut und die Hand reicht“. Hierzu gehört für uns auch die Verteidigung demokratischer Grundwerte und hier wäre es ein weiteres Zeichen für Veränderung, alle noch laufenden Strafanträge und Ordnungswidrigkeitsverfahren im Zusammenhang mit dem Protest gegen die Vereidigung des Holocaust-Verharmlosers Stefan Bauer einzustellen und die damit verbundenen Hausverbote aufzuheben.

Wir bitten um Ihre Rückmeldung, ob und in welcher Form Sie unsere Vorstellungen durch entsprechende Anträge unterstützen werden – **bis spätestens 30. April 2026**. Unsere zivilgesellschaftlichen Anliegen sowie Ihre Antworten werden wir der Öffentlichkeit transparent zugänglich machen.

Vielen Dank im Voraus für Ihre Mühe.

Mit freundlichen Grüßen

OMAS GEGEN RECHTS
Rosenheim

Initiative Erinnerungskultur
Stolpersteine für Rosenheim

Gesicht zeigen
Rosenheimer Bündnis gegen Rechts e.V.

